

Pressemitteilung

ZIA zum EZB-Zinsentscheid: „Jetzt verlässliche und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen in Deutschland schaffen“

Berlin, 11.6.2026 – Der Zentraler Immobilien Ausschuss (ZIA) mahnt vor dem Hintergrund der heutigen Zinsentscheidung der Europäischen Zentralbank bessere Rahmenbedingungen für Investitionen an. Finanzierungskosten und Baupreise bleiben hoch. Zehnjährige Hypothekenzinsen liegen weiterhin bei rund 4 Prozent – und damit deutlich über dem Niveau der Niedrigzinsjahre.

„Die EZB handelt im Rahmen ihres Mandats zur Preisstabilität. Für die Immobilienwirtschaft bleibt jedoch eine zentrale Herausforderung bestehen: Finanzierungskosten liegen weiterhin deutlich über dem Niveau früherer Jahre, während hohe Baukosten Investitionen in Wohnungsbau, Modernisierung und Klimaschutz erschweren“, erklärt Iris Schöberl, Präsidentin des ZIA.

Die Folgen seien auf dem Markt sichtbar: Genehmigte Projekte würden verschoben, Neubauten neu kalkuliert oder gestoppt, energetische Sanierungen vertagt. Gleichzeitig bleibe der Druck auf dem Wohnungsmarkt hoch. Deutschland benötigt bis 2040 jährlich rund 257.400 neue Wohnungen, gebaut wird jedoch deutlich weniger. In vielen Regionen liegt der Leerstand bei nur rund 2 Prozent und weniger – zu wenig für einen funktionierenden Wohnungsmarkt.

„Fehlt die Wirtschaftlichkeit, fehlen am Ende auch die Wohnungen – mit Folgen für Mieten und soziale Stabilität. Familien suchen oft monatelang nach bezahlbarem Wohnraum, während Projekte trotz Baugenehmigung in der Schublade bleiben“, so Schöberl. „Wir brauchen also ein politisches Gegensteuern.“

Deshalb hat der ZIA zusammen mit anderen Bau-, Wohnungs- und Finanzverbänden einen [Appell veröffentlicht](#), in dem ein „Bau-Turbo II“, ein Finanzierungsturbo, gefordert wird. Die Verbände sehen darin auch einen Bedarf an:

- eigenkapitalersetzenden Maßnahmen wie beispielsweise Bürgschaften, Garantien oder Zuschüsse,
- verbesserte und verlässliche Abschreibungsmöglichkeiten (AfA) und
- ein Aussetzen der Grunderwerbsteuer für Ersterwerber.

„Die EZB macht Ihre Arbeit als Währungshüterin. Ob jedoch tatsächlich wieder verstärkt investiert und gebaut wird, hängt maßgeblich von den politischen und investitionsfreundlichen Rahmenbedingungen ab, die die Bundesregierung jetzt setzen muss“, betont Schöberl.

Der Zentrale Immobilien Ausschuss e.V. (ZIA) ist der Spitzenverband der Immobilienwirtschaft. Er spricht durch seine Mitglieder, darunter mehr als 30 Verbände, für rund 37.000 Unternehmen der Branche entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Der ZIA gibt der Immobilienwirtschaft in ihrer ganzen Vielfalt eine umfassende und einheitliche Interessenvertretung, die ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft entspricht. Als Unternehmer- und Verbändeverband verleiht er der gesamten Immobilienwirtschaft eine Stimme auf nationaler und europäischer Ebene mit Präsenz in Brüssel – und im Bundesverband der deutschen Industrie (BDI). Präsidentin des Verbandes ist Iris Schöberl.

Kontakt

ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.

Sandra Kühberger

Leipziger Platz 9

10117 Berlin

Tel.: 030/20 21 585 17

E-Mail: sandra.kuehberger@zia-deutschland.de Internet: www.zia-deutschland.de